Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 1,50, monatl. 50 Pf., durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1,80 bezw. 45 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hällerstr. 4.

Anzeigenpreis für die 5 gesp. Einheitszeile oder deren Raum 25 Pf., für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 15 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 50 Pf. — Zifferngebühr und Portoauslagen extra

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 91. Freitag, den 20. April 1917. 157. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.:

1. Bergung der der Gefahr der Fäulnis ausgesetzten Kartoffelmieten.
2. Schließung der Schrotmühlen.
3. Amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene.

Tageschronik

Wieder 93000 To. Schiffsraum versenkt.
Wachsende Lebensmittelnot auch in Amerika.
U-Booterfolge an der marokkanischen Küste.
Generalgouverneur von Bissing †.

Ein neuer deutscher Milliardensieg.

Das Ergebnis der 6. deutschen Kriegsanleihe stellt eine Höchstleistung dar, die im Inland wie im Ausland notgedrungen von tiefstem und nachhaltigstem Eindruck sein muß. Ein Ergebnis von 12¾ Milliarden übertrifft sogar das Resultat der bisher glanzvollsten 3. Kriegsanleihe um mehr als 600 Millionen. Das bedeutet einen neuen gewaltigen Sieg des deutschen Volkes auf dem Schlachtfelde der Kriegswirtschaft, so daß ihm — mindestens auf diesem Gebiet — der Endsieg keinesfalls mehr entrissen werden kann. Die erste deutsche Kriegsanleihe im September 1914 ergab 4½ Milliarden, die zweite, Ende März 1915, 9,1 Milliarden, die dritte, anfangs Dezember 1915, 12,16 Milliarden, die vierte, anfangs April 1916, 10,7 Milliarden, die fünfte, anfangs Oktober 1916, 10,65 Milliarden. Das macht zusammen mit den diesmaligen 12,77 Milliarden im ganzen 59,89 Milliarden, so daß mit den auch diesmal zu erwartenden Nachzeichnungen von der Front eine Gesamtanleihesumme von 60 Milliarden sicher erwartet werden kann.

An der bekannt gegebenen Ziffer ist das Heer bereits annähernd mit 400 Millionen Mark beteiligt. Mit kleinen und kleinsten Beträgen haben sich bis jetzt annähernd 4 Millionen Krieger an den Zeichnungen beteiligt. Da für die Frontzeichnungen bis zu 10 000 ℳ die Frist bis zum 16. Mai läuft, so wird die Zeichnungssumme eine weitere Erhöhung erfahren.

Im Vergleich mit den Ententestaaten hebt sich das deutsche Zeichnungsergebnis von insgesamt rund 60 Milliarden Mark überaus glanzvoll ab und die erreichte Höchstziffer von fast 13 Milliarden angesichts der Kriegserklärung Nordamerikas zeigt das felsenfeste und unerschütterlich zuversichtliche Vertrauen des deutschen Volkes zum sicheren Endsieg seiner gerechten Sache im strahlendsten Licht.

Selbst das kapitalgewaltige England hat trotz Anwendung aller skrupellosester Mittel der Verhetzung und Reklame es nur auf 39 Milliarden Mark feste Anleihen zu bringen vermocht, von Frankreich oder gar Rußland und Italien ganz zu schweigen. Diese Länder halten ihre Kriegswirtschaft nur mit auswärtiger Hilfe und wesentlich durch die Notenpresse aufrecht.

Hindenburgs Vertrauen in das deutsche Volk ist glänzend gerechtfertigt worden. Wärmster Dank gebührt Allen, die sich um das Gelingen des großen Werkes verdient gemacht haben.

Der englische Imperialismus und der Krieg.

Die britischen Selbstverwaltungs-Kolonien waren in Friedenszeiten stets die Träger des imperialistischen Gedankens, der früher seine lebhafteste Verkörperung in dem britischen Kolonialminister Chamberlain gefunden hatte. An Stelle des Manchestertums, das sein Heil in einer möglichst losen Verwaltung der Kolonien mit großer Freiheit der Handelsbeziehungen sah, war schon lange in England ein Umschwung eingetreten, der ein einheitliches Band zwischen Mutterland und Kolonien mit einem gemeinsamen Schutz gegen das Ausland erstrebte. Der imperialistische Gedanke hatte schon vor dem Kriege immer mehr an Ausdehnung gewonnen. Jetzt durch den Krieg ist der Plan Chamberlains direkt in den Vordergrund des Interesses gerückt. Immer mehr wird jetzt die Frage des „Größeren Britannien" erörtert. Es wird von Kolonialpolitikern in England immer mehr darauf hingewiesen, welche Vorteile Groß-Britannien von einem Zusammenschluß des ganzen Reiches haben würde. Man hebt hervor, daß England seinen durch den Krieg schwer geschädigten Absatz bei seiner Bevorzugung kolonialer Produkte durch eine Zollpolitik wieder heben könne. Denn wenn England Kolonialprodukte zu Vorzugszöllen hereinlasse, dann würden die Kolonien ihrerseits den englischen Erzeugnissen eine noch größere Begünstigung als bisher gewähren.

Um dem Mutterlande zu zeigen, wie sehr die Kolonien von der imperialistischen Idee durchdrungen sind, haben sich die Selbstverwaltungskolonien in dem Wirtschaftskampf gegen Deutschland ganz besonders ausgezeichnet. In keinem Lande ist der Wirtschaftskrieg gegen das deutsche Eigentum mit einer solchen Schärfe und vor allem einer solchen Rücksichtslosigkeit geführt worden, wie z. B. gerade in Australien. Dort hat man nicht nur deutsche Unternehmungen geschlossen, sondern man hat rundweg alle Verträge aufgelöst, die mit Deutschen geschlossen waren, und auch sonst hat man sich an der Deutschenhetze in der wüstesten Form beteiligt. Aber auch in den anderen Kolonien, vor allem in Südafrika, dann aber auch in Kanada, hat der Wirtschaftskrieg gegen das deutsche Kapital und den deutschen Kaufmann besonders scharfe Formen angenommen. Man hat den deutschen Kaufmann verdrängt, um der Idee des britischen Wirtschaftsimperialismus die Wege zu ebnen.

Es soll hier nicht der Ort sein, um das Für und Wider der Idee des „Größeren Britannnien" auseinanderzusetzen, noch weniger, ob der Plan Aussicht auf Verwirklichung hat. Es soll an dieser Stelle nur betont werden, daß der Idee der Ausdehnung und der Idee der Zoll-Union zwischen England und den Kolonien ganz erhebliche Bedenken gegenüberstehen. Das gilt u. a. namentlich für Australien, das jetzt so scharf gegen Deutschland vorgeht. Australien ist gar nicht imstande, nur mit England wirtschaftlich zu verkehren und auf das Ausland zu verzichten. Es kann den deutschen Markt in Zukunft wegen Verkaufs seiner Wolle, seines Weizens und seiner sonstigen Ausfuhrerzeugnisse auf die Dauer nicht entbehren. Mit Recht hat schon ein so guter Kenner wie Professor v. Schulze-Gävernitz die Stellung Australiens gegenüber dem Mutterlande wie folgt charakterisiert:

„Australiens Handelsbilanz gegenüber England ist stark passiv. Es bedarf der wachsenden Ausfuhr an das Ausland, insbsondere nach dem europäischen Kontinent, um seine ungeheure Zinsenlast zu bezahlen."

Diese Worte treffen durchaus den Kern der Sache. Australien bezieht vom Mutterlande viel mehr, als es dorthin ausführt, und es würde, wenn es durch Vorzugszölle noch enger an das Mutterland geschmiedet wird, in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten kommen.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in Kanada. Mit Kanada hat Deutschland bekanntlich neun Jahre lang einen Zollkrieg geführt, ohne daß für uns dabei etwas herauskam. Freilich stellen sich auch hier einer Zollvereinigung erhebliche Schwierigkeiten gegenüber, die nicht ohne weiteres zu beseitigen sind.

Was nun Südafrika anlangt, so würde dieses Land von einer Zollunion kaum Vorteile haben. Denn die Vorzugszölle, die eventuell in Betracht kämen, spielen für Südafrika keine Rolle. Die südafrikanische Union führt lediglich Waren aus, die zollfrei sind, namentlich Gold und Diamanten, daneben Häute, Straußfedern, Kupfer u. dgl., also alles Waren, die bei einer Zollunion kaum eine Vergünstigung gegenüber dem jetzigen Zustand erfahren würden. Schon jetzt gewährt Südafrika den englischen Waren einen erheblichen Zollnachlaß. Ein weiterer Nachlaß würde kaum im Interesse der südafrikanischen Volkswirtschaft und südafrikanischen Finanzen sein, namentlich da Südafrika selbst in erheblichem Maße gezwungen ist, Nahrungsmittel aus dem Auslande einzuführen.

Besonders interessant ist nun die Stellung, die Indien jetzt im Weltkriege einnimmt. Im Frieden war England ängstlich bemüht, die Entwickelung einer heimischen indischen Industrie mit allen Mitteln zu unterdrücken. Eine Rolle spielt namentlich hierbei die von Manchester aus diktierte Wirtschaftspolitik. Offiziell huldigte Indien dem „Freihandel". Dieser diente aber — wie es bei einer solchen Kolonie wie Indien erklärlich ist — nicht dem eigenen Interesse des Landes, als vielmehr der englischen Baumwollindustrie. Einer der Hauptgründe der indischen Unzufriedenheit war bisher stets die englische Zollpolitik. Diese ging nämlich darauf hinaus, daß die Indier möglichst viele Produkte herstellen, die, wie die Rohbaumwolle oder Jute, England selbst benötigt. Andererseits durften die Indier England keine Konkurrenz machen. Sie mußten die Waren, die England selbst herstellte, aus dem Mutterlande beziehen. Der indische Zolltarif vom Jahre 1894 enthält für Indien sogar Garnzölle, um die Einfuhr von Garnen zu erschweren und eine Webstoffindustrie in Indien unmöglich zu machen. Infolge der Beschwerden, die gegen die Garnzölle erhoben wurden, wurden diese im Jahre 1896 wieder beseitigt und gleichzeitig ein Baumwollwarenzoll in Höhe von 3½ Prozent und eine Steuer in gleicher Höhe eingeführt. Dadurch wurde der Schutzzoll in Indien wieder illusorisch, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Fracht von England nach Indien stets billiger ist als umgekehrt, wodurch für England die Zollwirkung abgeschwächt wurde. Trotz dieses Druckes konnte sich die Zahl der Baumwollspindeln in Indien immer mehr vermehren, und jetzt während des Krieges haben die Indier die englische Verlegenheit ausgenutzt und die Einführung von Zoll auf Baumwollwaren durchgesetzt. Dadurch wird eine der wichtigsten Exportindustrien Englands erheblich getroffen; den Indien war der größte Abnehmer der englischen Baumwollindustrie.

Eine ähnliche Politik wie in Indien betrieb England in Egypten. Auch hier wirkte die englische Wirtschaftspolitik einseitig zugunsten der britischen Industrie. Auch hier wurde das Aufkommen einer heimischen Industrie verhindert. Man braucht ja nur an das Verbot des Anbaues von Reis und Zuckerrohr zu denken, sowie an die Tatsache, daß Egypten einst die Kornkammer Europas gewesen ist, jetzt aber zu den Importländern für Nahrungsmittel gehört. Man kann annehmen, daß die Erfolge, die Indien in seinem Kampfe um die Unabhängigkeit von britischer Wirtschaftspolitik erzielt hat, in Egypten nicht unbeachtet bleiben. Das Nachgeben der englischen Regierung in dem Kampfe um die Zölle in Indien stellt für England eine Niederlage auf wirtschaftlichem Gebiete dar, deren Folgen sich heute noch nicht absehen lassen. (D-K.)

Die russische Revolution.

Die Grundlagen für die konstituierende Versammlung.

Petersburg, 16. April. (Pet. Tel.-Ag.) In einem vom Kongreß des Rates der Soldaten- und Arbeiterabgeordneten angenommenen Bericht werden als Grundlagen für die konstituierende Versammlung u. a. folgende bezeichnet: Die Versammlung soll in möglichst kurzer Zeit nach Petersburg nach dem Grundsatz des allgemeinen Stimmrechts einberufen werden. Die Armee wird an der Wahl teilnehmen, aber die aktive Armee wird getrennt abstimmen. Die Frauen genießen dieselben Wahlrechte wie die Männer. Das stimmberechtigte Alter wird auf 20 Jahre festgesetzt. Die konstituierende Versammlung wird die politische Regierungsform Rußlands und ihre Grundsätze festsetzen und in erster Linie die Agrarfrage prüfen.

Russische Angriffe gegen England und Frankreich.

Lugano, 17. April. Der Petersburger Korrespondent des „Corr. d. Sera" berichtet vom Kongresse des Arbeiter- und Soldatenrats über Angriffe mehrerer Redner gegen England und Frankreich, für die Rußland die Kastanien aus dem Feuer holen solle. Ein Soldat erklärte, das Heer werde die Waffen sofort niederlegen, sobald das Petersburger Komitee es verfüge.

Haag, 18. April. Ein soeben in Holland eingetroffener Vertrauensmann der russischen Arbeiterpartei brachte hiesigen sozialistischen Kreisen das Programm der russischen Sozialisten zur Kenntnis, aus dem mit wünschenswerter Klarheit die Endziele der Arbeiter und der von den Massen ins Werk gesetzten Revolution hervorgehen. In dem Programm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170420-15/fragment/page=0001

heißt es: Die russische Arbeiter-Organisation ist nicht gewillt, den Krieg für Englands Eroberungspläne fortzusetzen, vielmehr wünscht sie mit den Mittelmächten über einen Frieden zu unterhandeln. — In großen Teilen des russischen Heeres drängt man darauf, daß Milfukow abtreten soll; man hält ihn für ein Werkzeug Englands. Die Arbeiterpartei will einen sofortigen Friedensschluß. Die Anknüpfung direkter Besprechungen mit den friedensgesinnten Sozialisten in Frankreich, England und Italien wird vom russischen Arbeiterrate nachdrücklich gefordert. Die russischen Arbeiter sind für die Errichtung einer Republik nach französischem oder amerikanischem Muster. Sie wünschen die Bildung eines Bundesstaates mit administrativer und ausführender Macht und mit einem Bundesrate. Sollte das Londoner Kabinett sich gleichgültig verhalten, so müsse die vorläufige Regierung mit einem Sonderfrieden drohen.

Weitere sozialistische Mitglieder im Ministerium.

Kopenhagen, 18. April. „Berl. Tid." meldet aus Petersburg: Es steht nunmehr fest, daß der sozialdemokratische Führer Tschretelli, der aus der Verbannung in Sibirien zurückgekehrt ist, in die provisorische Regierung als Arbeitsminister eintreten wird, während Plechanoff zum Minister ohne Portefeuille als besonderer Vertrauensmann der Sozialdemokraten in der Regierung ernannt werden wird.

Hungerdemonstrationen in Petersburg.

Malmö, 17. April. Die letzten Tage brachten wieder große Demonstrationen in Petersburg, die wesentlich erregter verliefen als die bisherigen. Tausende von Personen durchzogen die Straßen der Stadt. In den vor dem Marienpalast und dem Taurischen Palast gehaltenen Reden forderten die Demonstranten Lebensmittel. Die Regierung solle sofort einschneidende Maßnahmen treffen, um die drohende Hungersnot abzuwenden. Zu gleicher Zeit demonstrierten auch tausende Frauen als Friedenskundgebung der russischen Frauen für die Verleihung der politischen Rechte an die Frauen.

Amtliche Beruhigungspulver.

Petersburg, 17. April. (Pet. Tel.-Ag.) Fürst Lwow und einige andere Minister, die sich nach dem Hauptquartier begeben hatten, um gewisse Fragen der Verpflegung der Armee und Transportfragen zu besprechen und zu lösen, konnten feststellen, daß jetzt die allgemeine Lage der Armee im Vergleich mit dem Zustande am 18. und am 28. März sich merklich gebessert hat, namentlich hinsichtlich der Versorgung der Armee mit den wichtigsten Erzeugnissen, nämlich mit Mehl, Fett usw. Der Landwirtschaftsminister hob hervor, daß sein Amtsbereich imstande sei, allen Anforderungen bezüglich der Versorgung der Armee zu genügen. Gleichzeitig stellten die Minister fest, daß die Vorräte an Lebensmitteln und ebenso die Transportverhältnisse keinerlei Grund zur Besorgnis abgeben. Ueber den Geist in der Armee äußerte sich Fürst Lwow Pressevertretern gegenüber, daß die Unruhe, die sich in der Armee während der ersten Tage der Revolution gezeigt hat, vollständig verschwunden ist. Der kriegerische Geist der Armeen hebt und befestigt sich von Tag zu Tag, und die Mannszucht hat in keiner Weise nachgelassen (!!). Die Armee ist bereit, dem Feinde entgegenzutreten, in vollem Vertrauen darauf, daß sie imstande sein wird, einem Angriff gegen das freie Rußland standzuhalten.

Die Verlogenheit dieses Manifestes ist so haneBüchen, daß sie durch die bekannt gewordenen, einwandfrei bezeugten Tatsachen selbst erwiesen wird. Alle diese amtlichen Petersburger Meldungen sind offensichtlich nur auf die Beruhigung des verbündeten Auslandes berechnet und sind augenscheinlich von London und Paris aus selbst veranlaßt, da die öffentliche Meinung dort sich aufs lebhafteste über die russische Entwickelung zu beunruhigen beginnt.

Reaktion in Bessarabien.

Kopenhagen, 18. April. Die Petersburger sozialistische Zeitung „Robotschaja Gazeta" berichtet, habe der Volksausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates viele Telegramme aus Bessarabien erhalten, in denen geklagt werde, daß die Reaktionäre dort ihre Propaganda ungehindert weiter betrieben. Das Blatt fordert die Regierung auf, energische Maßregeln gegen diese Feinde der neuen Ordnung zu ergreifen. Eine militärische Expedition sei nötig, um die Reaktion in Bessarabien niederzuringen.

Großfürst Nikolaus in Livadia.

Berlin, 19. April. Nach der „Kreuzztg." hält sich der Großfürst Nikolaus in seiner Villa in Livadia auf, die er nicht verlassen darf. Sonst sei er verhältnismäßig unbehelligt geblieben. Eine Untersuchung sei nicht gegen ihn eingeleitet worden. Wie lange noch?

Vom Kriege

Mordamerikas Kriegsmaßnahmen.

Zürich, 18. April. Eine Pariser Depesche aus Washington veröffentlicht das Programm der diese Woche stattfindenden Kriegskonferenz zwischen Ententevertretern und Wilson. Erster Punkt ist die Verhandlung über die Bedingungen, unter denen man Friedensangebote erörtern könnte, falls solche von den Mittelmächten erfolgen sollten (!!).

Rotterdam, 18. April. Reuter meldet aus Washington: Der Senat nahm einstimmig den 7 Milliarden-Kredit an.

Amsterdam, 17. April. Nach einer Meldung des „Allg. Handelsbl." aus London beabsichtigt der amerikanische Schatzsekretär eine hohe Kriegsgewinnsteuer einzuführen und die Einkommensteuer so abzuändern, daß gewisse Einkommenklassen bis zu 50 Prozent besteuert sein werden. Außerdem besteht die Absicht, bis Juni 3¼ Millionen Pfund Sterling an besonderen Steuern einzuziehen. Alkohol, Tabak, Zucker, Kaffee und öffentliche Vergnügungen sollen besteuert werden.

Amerikanische Mätchen.

Karlsruhe, 18. April. Laut Schweizer Blättern meldet „Pet. Par.": Den Bewohnern von Newyork wurde am Donnerstag abend eine große Ueberraschung bereitet, indem dort eine Kompagnie Soldaten in ganz ungewohnter Uniform Aufstellung nahm. Es handelte sich um eine Abteilung amerikanischer Truppen unter dem Befehl eines Offiziers, die eine Huldigung der Bevölkerung brachten. (!!)

Die Parlamentskommission gegen die Wehrpflicht.

Berlin, 19. April. Nach der „Voss. Ztg." hat der Militärausschuß des Repräsentantenhauses in Washington den Antrag auf Einführung der Wehrpflicht mit neun gegen acht Stimmen abgelehnt.

Mit einer Bemerkung zielt das Blatt auf eine in Pariser Blättern sich findende Mitteilung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen habe, mit der gegenwärtigen deutschen Regierung keinen endgültigen Frieden zu schließen.

Nun, das dürfte letzten Endes nicht vom Ehren-Wilson abhängen.

Wachsende Teuerung in der Union.

Bern, 18. April. Der Newyorker Mitarbeiter des „Matin" meldet: In einigen Wochen wird die Lebensmittelfrage in den Vereinigten Staaten die gleiche sein wie in Europa. In den großen Zentren beginnen die Lebensmittel bereits knapp zu werden. Die Preise steigen beträchtlich. Die Speisenfolge in den Wirtschaften ist seit der Kriegserklärung auf die Hälfte verringert worden.

Beschlagnahme aller Lebensmittelfrachten nach Europa?

Haag, 18. April. Die „Times" berichtet aus Newyork: Das Senatsmitglied King hat die Absicht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach alle Lebensmittelfrachten nach neutralen Ländern Europas beschlagnahmt werden sollen. Der Abgeordnete Adamson beantragte, den Präsidenten zu ermächtigen, die Ausfuhr zu beschränken oder zu beschlagnahmen. Der Präsident stimmte dem Gesetzentwurf zu.

Ein echter Reuter!

Washington, 17. April. (Reuter.) Ein deutsches U-Boot feuerte auf einen amerikanischen Zerstörer 100 Meilen südlich von Newyork.

Hierzu wird aus Berlin amtlich berichtet:

Das Reuterteleg ramm betreffend den Angriff eines deutschen U-Bootes auf den amerikanischen Zerstörer „Smith" kann nur als frivole Mitteilung bezeichnet werden, um Deutschland die Eröffnung der Feindseligkeiten zuzuschieben. Tatsächlich befindet sich noch kein U-Boot in der Westhälfte des Atlantischen Ozeans.

Ein deutsches Sperrgebiet von Boston bis Baltimore?

Reuter meldet aus Washington: In der vorigen Woche liefen hier Gerüchte um, wonach Deutschland im Begriff stehe, ein Sperrgebiet um die Häfen Boston, Newyork, die Delaware-Bucht und die Cheasepeak-Bucht anzukündigen. In dieser Sperrzone würden alle weiteren Häfen im Atlantischen Ozean liegen.

Die Ansichten, ob dieser Meldung Glauben zu schenken sei, sind geteilt; während einige Kreise ihre Zuverlässigkeit bezweifeln, sind andere der Ansicht, daß sie höchstwahrscheinlich richtig seien, da Deutschland das größte Interesse hat, die neutrale Schiffahrt von den amerikanischen Häfen fernzuhalten.

Der verdächtige Carranza.

Karlsruhe, 18. April. Laut der „Züricher Post" schreibt die „New York Times": Unsere Beziehungen zu Mexiko sind weit davon entfernt, befriedigt zu sein. Die Truppen, von denen man annimmt, daß sie dem Präsidenten Carranza treu gesinnt seien, sind nahe der amerikanischen Grenze zusammengezogen, und die Haltung Carranzas selbst ist noch immer geeignet, Verdacht zu erwecken. Es scheint uns nicht unwahrscheinlich, daß wir zunächst an der mexikanischen Front zu kämpfen haben.

Keine Beschlagnahme deutschen Privateigentums in Brasilien?

Berlin, 18. April. Wie W. T. B. von zuständiger Seite erfährt, hat die brasilianische Regierung zugesichert, daß nach Abruch der Beziehungen zu Deutschland Eingriffe in die persönliche und wirtschaftliche Existenz der Deutschen nicht beabsichtigt seien. Hoffen wir, lieber Leser!

Neue Tumulte in Rio.

Rio de Janeiro, 17. April. (Havas.) Die Erregung des Volkes gegen Deutschland wächst. In Porto Alegre griff eine Menge 270 deutsche Häuser an, riß die Firmenschilder herunter, zerschlug die Fensterscheiben und stekkte das Hotel Schmidt und das bedeutende Kaufhaus von Bromberg & Hacke unter Hochrufen auf Brasilien und die Alliierten in Brand. 5000 Personen versuchten, eine Versammlung anzugreifen, die vom deutschen Turnerbund abgehalten wurde. Der Präsident der Republik und der Kriegsminister beraten über Maßregeln, um die Ruhe wiederherzustellen.

Erregung in Argentinien.

Nach einer Baseler Meldung der „Frkf. Ztg." berichtet Havas aus Buenos Aires: Am Montag nachmittag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Neutralisten und Anhängern der Entente. Am Abend brach eine Schlägerei aus. Mehrere Personen wurden verletzt.

Nach einer Baseler Meldung der „Frkf. Ztg." meldet Havas aus Buenos Aires: Der deutsche Gesandte protestierte bei dem Minister des Auswärtigen wegen der deutschfeindlichen Kundgebungen.

Die „N. Zür. Ztg." meldet aus Mailand: Die „Agenzia americana" berichtet, das argentinische Kriegsministerium treffe Anstalten zu einer teilweisen Mobilisation. Es habe einigen Kavallerie-Regimentern den Befehl erteilt, sich bereit zu halten, um nach der brasilianischen Grenze von Rio Grande do Sul aufzubrechen.

Aus dem Westen

In den Kämpfen an der Westfront.

Berlin, 18. April. Auch der zweite Tag der gewaltigen Schlacht bei Reims brachte den Franzosen auf der ganzen Angriffsfront keinen größeren Erfolg. Am ersten Tage hatten sie an der Aisne den befohlenen Durchstoß in 12 Kilometer Tiefe bis auf Brienne nicht nur keineswegs erreicht, sondern ihre Angriffsgruppen durch die ungeheuren Verluste im Zusammenprall mit den Verteidigern derart geschwächt, daß sie am diesem Frontabschnitt eine kurze Atempause eintreten lassen mußten und erst am Nachmittag und abends frische Truppenmassen ins Treffen führen konnten, die, wie die gestrigen, im Feuer der Geschütze und Maschinengewehre aufgerieben wurden. Vor und in unserer ersten Stellung wurde erbittert gerungen. Kleine Bodenverluste konnten an verschiedenen Stellen von uns wieder eingebracht werden, an anderen Teilabschnitten erkannten die Franzosen Vorteile, deren taktischer Wert die Verluste auch nicht annähernd aufwiegt. So gewann der Gegner den Ort Chavonne und Gelände in der Richtung auf Braye. Stärkere französische Angriffe, in mehreren Sturmwellen vorgetragen, wurden am Nachmittag in der Gegend von Cerny und östlich Craonne abgewiesen. Am unsere vordersten Linien westlich Craonelle und in dem aus unserer ersten Stellung feindwärts herausragenden zusammengeschossenen Ort Craonne wurde heftig gekämpft. Zwischen Aisne und Miette-Bach gelang es den Franzosen, längs der Aisne bis zu etwa 3 Kilometer vorzudringen. Dicht hinter der früheren ersten Stellung geboten ihnen die zähen Verteidiger Halt.

In der Gegend von Arras war die Infanterietätigkeit gering, während die Artillerietätigkeit auflebte. Westlich Lens brachten unsere Patrouillen 20 Gefangene und 1 Maschinengewehr ein. Wiedereroberungsversuche des Feindes gegen eine Höhe, die wir ihm in der Nähe von Guemappe am Vormittage abnahmen, scheiterten in unserem Maschinengewehr- und Artilleriefeuer.

Nordöstlich von Soissons wurde in der Gegend von Vauraillons ein noch in unseren Linien verbliebenes Franzosennest gesäubert.

Damit ist die ganze dortige, gestern so außerordentlich heftig angegriffene Stellung restlos in unserer Hand.

Zum belgischen Heeresbericht vom 15. April wird gemeldet, daß an keiner Stelle der Armeefront belgische Abteilungen in unsere Stellungen eingedrungen sind, auch gar nicht den Versuch dazu gemacht haben. Es wurden jedoch gegen 7—8000 Schuß auf unsere Stellung bei Dixmuiden abgegeben.

Der Triumph der Seesperre.

Amsterdam, 18. April. Der Druck der deutschen Blockade wird in den englischen Städten immer stärker und die Lebensmittelnot weckt allgemeine Besorgnis. Die Einberufung von Munitionsarbeitern hat Streiks zur Folge gehabt. Die Regierung wird durch die zu erwartenden Ereignisse, wie Arbeiterbewegung, Reservemangel und Teuerung, in eine Zwangslage geraten, weil die politischen Parteien fast allgemein Opposition machen.

Das Friedensverlangen der russischen Arbeiter findet bei den englischen Sozialisten Zustimmung, kann sich aber nicht wegen des Zensurverbotes öffentlich ausdrücken. In amtlichen Kreisen erwecken die Vorgänge in Rußland große Unruhe, weil eine längere Untätigkeit an der russischen Front der Offensive an der Westfront nicht einen sicheren Erfolg sichert.

Berlin, 18. April. „Journ. of Comm." (Liverpool) berichtet aus Cardiff: Die Lage des Kohlenmarktes ist infolge der andauernden Schiffsraumknappheit schwierig. Die Schiffahrtsverhältnisse zeigen keine Besserung. Auch der in Newport und Cardiff angebotene Schiffsraum war unzureichend; in Swansea herrscht im Kohlenhandel eine höchst trostlose Stimmung. Diese Bergwerke liegen aus Mangel an Zügen still, während andere den Betrieb nur mit Schwierigkeiten aufrechterhalten. Aehnlich lauten die Berichte aus Hull und Sheffield, wo die Lage als beunruhigend bezeichnet wird. Liverpool meldet, die Hoffnung auf Besserung habe enttäuscht. Ueber Magenmangel wird auch hier stark geklagt; die Einziehung der Militärdienstpflichtigen beeinträchtigt ebenfalls das Geschäft.

Amsterdam, 18. April. Das „Allg. Handelsbl." entnimmt einer schottischen Fischereizeitung, daß die britische Regierung die Uebernahme der Seefischerei durch den Staat plane.

Die Geltung des englischen Parlaments wird wieder verlängert.

London, 17. April. Das Unterhaus hat das Gesetz betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode des Parlaments bis zum 30. November mit 186 gegen 52 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Trübselige Ausblicke in die Zukunft.

Berlin, 18. April. In einer Besprechung über die trüben Aussichten der englischen Handelsschiffahrt nach dem Kriege schreibt das „Journal of Commerce" vom 7. April: Die Schiffahrt nach Indien und im fernen Osten werden durch die Eingriffe des Schiffahrtsdiktators auf das Schwerste gefährdet, aber die verfügbare Tonnage vermindere sich rapide von Tag zu Tag und die dringenden Bedürfnisse sowohl des Militärs wie der Zivilbevölkerung gestatteten nicht, daß man erst noch lange disputiere, ob man Schiffe aus langen Reisen herausziehe.

Es ist bemerkenswert, daß hier in einem Fachblatt des englischen Schiffahrtsgewerbes offen die tägliche rapide Verminderung der Tonnage zugegeben wird. Angesichts dieser allen eingeweihten englischen Kreisen bekannten Tatsache wird die englische Regierung wohl nicht mehr lange ihr Schein-Argument von den vielen einlaufenden und auslaufenden Fahrzeugen aufrecht erhalten können.

Der Seekrieg

U-Boote vor Marokko.

Cadix, 18. April. Zwischen Larrasch und Tanger wurden am 23. März 4 Frachtdampfer und 1 großer Transportdampfer durch ein deutsches Unterseeboot versenkt.

Neue Versenkungen.

Christiania, 18. April. Der norwegische Amerikadampfer „Kristiania Fjord" ist heute hier direkt aus Halifax eingetroffen. Wie „Dagbl." berichtet, wurde die Torpedierung zweier unbekannter norwegischer Dampfer von Bordeaux aus beobachtet, wobei angeblich 42 Mann umgekommen sein sollen. In Halifax hätten die Engländer die gesamte Briefpost und Papiere beschlagnahmt, sowie 7 Sozialisten zurückgehalten.

Bern, 18. April. Wie „Progres de Lyon" aus Marseille meldet, wurde der Dampfer „Esterel" (2574 Ta.) der Gesellschaft Fraissinet am letzten Montag versenkt. Das Schiff war für den Lebensmitteltransport geschartert gewesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170420-15/fragment/page=0002

Ymuiden, 18. April. (Niederl. Tel.-Ag.) Der Dämpftrawler „Eendracht" hat heute die Besatzung der norwegischen Bark „Polykarp" (509 To.), die auf der Reise von Westhartepool nach Christiania von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, gelandet. Der Dampftrawler „Ernestine Pauline" landete die Besatzung des dänischen (?) Schoners „Fram", der auf der Reise von Hull nach Aarhus von einem deutschen U-Boot versenkt wurde.

Der Krieg gegen Italien

Oesterreichisch-italienischer Fliegerkampf.

Wien, 18. April. Eines unserer Seeflugzeuge wurde bei einer gelungenen Aufklärungsunternehmung in der Nord-Adria von mehreren feindlichen Flugzeugen angegrüssen und mußte wegen Beschädigung im Luftkampf in See niedergehen. Drei italienische Flugzeuge, die sich des unsrigen bemächtigen wollten, fielen in die Hand unserer Torpedoeinheiten, welche die eigenen Flieger wohlbehalten bargen und vier italienische Flieger (drei Offiziere, einen Unteroffizier) unverwundet gefangen nahmen. Flottenkommando.

Drohende Unruhen.

Bern, 18. April. Laut „Giorn. di Venizia" hat Senator Vittorio Polazzo in Padua namens des dortigen Ernährungsausschusses an den Generalkommissar für das Ernährungsamt in Rom gedrahtet, der andauernde Mangel an Mais und Reis rufe sehr große Unzufriedenheit hervor, daß die öffentliche Ordnung ernstlich bedroht werden könnte.

Die Neutralen

Keine englischen Zugeständnisse an Holland.

Haag, 17. April. Nach einer halbamtlichen Verlautbarung entbehrt die gestrige Meldung des „Telegraf" der Begründung, daß alle aus Amerika ankommenden niederländischen Schiffe, die Lebensmittel, Futtermittel und Düngemittel führen, nur in Halifax untersucht werden sollen und keinen englischen Hafen anzulaufen brauchen. Eine derartige Uebereinkunft zwischen der holländischen und der englischen Regierung bestehe nicht.

Eine neue skandinavische Beratung.

Kopenhagen, 18. April. „Politiken" meldet, daß dem Vernehmen nach im Laufe des Mai eine neue nordische Ministerzusammenkunft in Stockholm abgehalten werden wird. Der Zeitpunkt ist noch nicht endgültig festgesetzt. Die Ministerzusammenkunft stehe nicht in Zusammenhang mit der in der nächsten Woche stattfindenden Reise des dänischen Königs nach Stockholm. „Pol." meldet ferner aus Stockholm Lebensmittelunruhen der Sozialisten, die auf Brantings republikanische Wühlereien zurückzuführen sein dürften.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes bevorstehend.

Aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen hört die „Voss. Ztg.", daß sich der Bundesrat noch in dieser Woche mit dem ihm seit langem vorliegenden Reichstagsbeschluß auf Aufhebung des Jesuitengesetzes beschäftigen und voraussichtlich ihm beitreten wird. Damit wird ein vom Reichstag wiederholt angenommener Antrag zum Gesetz.

Es handelt sich um den vom Zentrum gestellten Initiativantrag, der vom Reichstag am 19. Februar 1913 angenommen worden ist.

Das Jesuitengesetz ist, wie bekannt, zurzeit nur noch ein Torso.

Gegen das Gesetz wurde vom Zentrum wiederholt Sturm gelaufen, zum ersten Male mit Glück am 1. Dezember 1893. Damals wurde der Aufhebungsantrag mit 176 gegen 136 Stimmen angenommen. Der Bundesrat lehnte es jedoch nahezu einmütig ab, dem Beschluß beizutreten. Am 8. März 1904 wurde § 2 des Gesetzes aufgehoben, nachdem schon früher durch die Verwaltungspraxis eine erhebliche Milderung des Gesetzes eingetreten war. Für die Aufhebung im Bundesrat stimmten damals Preußen, Bayern, Baden, Waldeck, Reuß ältere Linie und Hamburg.

Die Aufhebung dieses Gesetzes bedeutet augenscheinlich den Anfang der „Neuorientierung". Das Zentrum hat sich bei seiner Stellung zu den großen innerpolitischen Fragen fast überall einer großen Zurückhaltung befleißigt, weil es die Austragung innerer Zwistigkeiten bis nach Beendigung des Krieges vertagt wissen wollte. Bei Fragen, die seinem eigenen Sonderinteresse entsprachen, hat es dagegen auf diese Gründe weniger Rücksicht genommen.

Aus Stadt und Umgebung

Höchstpreise der Fleischwaren. Wir machen unsere Leser auf die in dieser Nummer unseres Blattes stehende Bekanntmachung der Polizeiverwaltung über die für den hiesigen Fleischversorgungsbezirk festgesetzten Höchstpreise aufmerksam.

Aus Provinz und Reich

Stiftung. — Verbrannter Speck.

Ermlitz, 19. April. Unsere vor kurzem erneuerte Kirche hat jetzt einen schönen Schmuck erhalten. Zu den beiden schon vorhandenen Wappen früherer Rittergutsbesitzer von hier, hat Herr Apel, der jetzige Besitzer sein Wappen in kunstvoller Ausführung anbringen lassen. Herr Apel hat zu Erneuerungsbauten eine Summe gestiftet. — Einen großen Schaden erlitten mehrere Einwohner von hier dadurch, daß Schinken und Speck, die sie zum Räuchern zu dem hiesigen Maurer Brand gegeben hatten, dort in der Räucherkammer in Brand geraten; es konnte nur wenig gerettet werden.

Silberne Hochzeit.

Papitz, 19. April. Das Thate'sche Ehepaar von hier, feierte gestern ihre siberne Hochzeit.

Kriegsanleihe-Zeichnungen.

Schkeuditz, 19. April. Zur 6. Kriegsanleihe zeichnete die Sparkasse der Stadt Schkeuditz für eigene Rechnung 1 000 000 Mk., die Sparer zeichneten 557 000 Mk. in 651 Posten und übertrafen damit die Einzelzeichnungen der 5. Kriegsanleihe um das 2½ fache. — Dem Telephonist Gustav Völkner von hier, der im Osten mitkämpfend, ist das Eiserne Kreuz II. Klasse verliehen worden.

Alt-Scherbitz, 19. April. Die Zeichnungen auf die 6. Kriegsanleihe bei der hiesigen Spar- und Darlehnkasse haben sich auf 14 500 Mk. erhöht.

Wohltätigkeitskonzert.

Frankleben, 17. April. Am Sonntag den 22. April wird hierselbst im Saale des Herrn Stiebeck, abends ½8 Uhr, unter der bewährten Leitung des Herrn Lehrers Recke ein Konzert zum besten der Kriegsbeschädigten-Fürsorge veranstaltet werden. Geschulte Kräfte werden nur gute musikalische Darbietungen zu Gehör bringen. Vor allem mit Rücksicht auf den guten Zweck ist der regste Besuch sehr zu empfehlen. Eintrittsgeld 30 Pfg., 50 Pfg. und 1 Mark.

Goldene Hochzeit.

Beuditz, 19. April. Hier begeht am 23. April das Leubnersche Ehepaar das seltene Fest der goldenen Hochzeit.

Dienstjubiläum.

Bitterfeld, 17. April. Steuerkassenrendant Lingner und Stadtgärtner Wachsmut begingen ihr 25jähriges Jubiläum im Dienste der Stadtverwaltung. Sie wurden von den städtischen Behörden durch Ueberreichung eines Geschenks geehrt.

Handel — Verkehr — Volkswirtschaft

Mitteldeutsche Privatbank, Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Merseburg.

In der heutigen Generalversammlung der Gesellschaft wurde die Dividende für das Jahr 1916 auf 5½ Proz. festgesetzt. Die Verwaltung teilte mit, daß das Geschäft in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ein durchaus günstiges gewesen sei.

Bunte Zeitung

Die Zigarette als Verräterin.

Kürzlich wurden durch Einbruch bei der Hofbesitzerin Loop in Bönebüttel bei Neumünster 2 Hühner, 10 Pfund Schmalz, Schweinefleisch, 6 Brote und andere Lebensmittel gestohlen. Am Tatort fand man eine angerauchte Zigarette, die wie die Ermittelungen ergaben, beim Höker im Dorf gekauft worden war. Als Täter ist durch diese Zigarette ein früherer Knecht H. ermittelt worden, der zuletzt in Kiel tätig war. H. besuchte, elegant gekleidet, seine ehemalige Herrin, um mit seiner Geliebten in der Nacht darauf den Einbruch auszuführen. Beide kamen in Haft.

„Schreiben Sie ihn k. o.!"

Eine ergötzliche kleine Szene, erzählt die „L. N.", spielte sich kürzlich in einem Feldkino an der Front ab. Im letzten Akt eines Kinodramas erschießt sich der Held. Ein Arzt tritt an den Toten heran, untersucht ihn und setzt sich dann an einen Tisch, um einige Zeilen über den Fall zu schreiben. In der erwartungsvollen Stille des ergriffenen feldgrauen Auditoriums klingt plötzlich die Stimme des stets zu Streichen bereiten Pioniers B.: „Doktor, schreiben Sie ihn k. o.!" Mit stürmischer Heiterkeit endete so das ergreifende Drama.

Erkenntnis.

Es strahlt die Welt im Sonnenschein,
Das Kind jauchzt in den Tag hinein,
Langt mit den Händchen: „Alles mein!"
Es blüht die Welt im Frühlingsschein,
Die Jungfrau glüht und ruft hinein:
„Geliebter! Ach wär' alles dein!"
Es glänzt die Welt im Abendschein,
Die Greisin blicket still hinein:
„Wie groß der Herr! und alles sein!"

Spruchweisheit.

Mit dem Schwerte sei dem Feind gewehrt,
Mit dem Pflug der Erde Frucht gemehrt,
Sei im Walde grüne deine Lust,
Schlichte Ehre wohn' in deiner Brust.
Das Geschwätz der Städte sollst du fliehn,
Ohne Not von deinem Herd nicht ziehn;
So gedeiht dein wachsendes Geschlecht.
Das bleibt deutschen Landes Brauch und Recht.

Letzte Depeschen

Neue schwere Unruhen in Petersburg.

Stockholm, 19. April. Aus Haparanda wird privat der Ausbruch neuer schwerer Unruhen in Petersburg gegen die vorläufige Regierung gemeldet, die schwerer als die letzten Unruhen seien. Finnische Reisende wurden zurückgehalten, weil der Verkehr gefährdet sei. Alle Post aus Rußland ist seit vier Tagen ausgeblieben.

Neue vergebliche Angriffe.

Großes Hauptquartier, 19. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen und der Artois-Front war bei Regen und Sturm die Gefechtstätigkeit nur in wenigen Abschnitten lebhaft.

Front deutscher Kronprinz.

Aufgefundene Befehle zeigen, wie weit die Angriffsziele den am 16. d. M. in den Kampf geworfenen französischen Divisionen gesteckt waren. An keiner Stelle haben die Truppen auch nur annähernd ihre taktischen, geschweige ihre strategischen Ziele erreicht. In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. gelang den Franzosen ein örtlicher Angriff bei Brane. Im Laufe des Tages an mehreren Stellen der Höhenfront Chamin de Dames, mit besonderer Erbitterung bei Craonne geführte wiederholte Angriffe des Feindes schlugen unter blutigen Opfern fehl.

Bei Laville aux Bois, dessen Waldstellungen für uns ungeeignet geworden waren, richteten wir uns in einer hinteren Besetzungslinie ein.

Bei Brimont schickte der Gegner die in Frankreich fechtenden Russen zu vergeblichem, verlustreichem Ansturm ins Feuer.

In der Champagne entwickelten sich gestern mittag nordwestlich von Auberive neue Kämpfe, die auch in der Nacht andauerten und heute morgen unter weiterem Kräfteeinsatz wieder an Heftigkeit zugenommen haben.

Front Prinz Albrecht von Württemberg.

Keine wichtigen Ereignisse.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz ist nach einigen, ziemlich ruhig verlaufenen Tagen die russische Feuertätigkeit besonders zwischen Pripjet und Dnjestr wieder lebhafter geworden.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

Wieder 93 000 To. Schiffsraum versenkt.

Berlin, 19. April. (Amtlich.) Nach Meldungen in der Zeit vom 13. bis 18. April zurückgekehrter Unterseeboote sind im Kanal, im Atlantischen Ozean und in der Nordsee neuerdings feindliche und neutrale Handelsschiffe von insgesamt 93 000 Br.-Registertonnen versenkt worden.

Großes Bahnunglück auf der München-Ulmer Strecke.

München, 19. April. Auf der Strecke München—Ulm ereignete sich gestern Abend ½11 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Der Ulmer Schnellzug fuhr in der Station Nannhofen in den Münchener Personenzug. Die Lokomotive und mehrere Wagen des Personenzuges und ebenso des Schnellzuges wurden zertrümmert. Ein amtlicher Bericht ist noch nicht zu erhalten. Die Zahl der Opfer wird zwischen 7 bis 20 Toten angegeben und eine doppelte Anzahl von Verwundeten. Münchener und Augsburger Hilfszüge, sowie Sanitätsmannschaften sind an die Unglücksstelle abgegangen.

Die Befreiung der Fremdstämmigen in Rußland.

Kopenhagen, 18. April. In der Sitzung des russischen Ministerrates vom 7. April wurde ein vom Justizminister Kerenski vorgelegter Gesetzentwurf über die Aufhebung aller Rechtsbeschränkungen für die Juden und andere Fremdstämme angenommen. Der Hauptausschuß des jüdisch-sozialistischen Bundes in Petersburg drahtete an den Hauptausschuß der finländischen sozialdemokratischen Partei und an die sozialdemokratische Fraktion des finländischen Landtages, das jüdische Volk erwarte von der Sozialdemokratie Finlands das Eintreten für die Aufhebung der Rechtsbeschränkungen und die Einbringung eines entsprechenden Antrages im finländischen Landtag. Das Blatt des Petersburger Arbeiterrates „Izwestia" tadelt es, daß die finische Verwaltung gerade in den Tagen der Revolution alle Juden aus den finischen Badeorten auf Grund der früheren Verordnungen ausgewiesen habe und sagt, es werde ein Schandfleck für Finland bleiben, daß es dieses Gesetz nicht gleich nach der Revolution abgeschafft habe.

Verpflegungsnöte der Entente.

Basel, 18. April. Starke Beunruhigung erweckt, einer Privatmeldung aus London zufolge, die immer wachsende Kartoffelnot. In Dublin ist die Lage u. a. sehr arg geworden. Die dortigen Kartoffelhändler erwägen die zeitweilige Schließung ihrer Läden wegen Mangel an Ware. Trotzdem Vorräte im Lande sind, fehlt es an Zufuhren. Man schiebt den Landwirten im Norden Irlands die Schuld an der traurigen Lage zu, weil sie die Vorräte zurückhalten. Tatsache ist jedoch, daß im Norden Irlands (Belfast) Kartoffeln mit 11 Pfund Sterling, also 2 Pfund Sterling über den vom Nahrungsmittelkontrolleur festgesetzten Höchstpreis, verkauft werden und die Dubliner Kleinhändler nicht in der Lage sind, zu den von der Regierung festgesetzten Höchstpreisen zu liefern.

Genf, 18. April. Die Gefrierfleischzufuhr Frankreichs ist infolge des U-Bootkrieges in den letzten Monaten gewaltig zurückgegangen. Der Zivilbevölkerung konnten statt wie früher 1000 Tonnen im Monat im letzten Monat nur 500 Tonnen zur Verfügung gestellt werden. Das Verpflegungsministerium kann künftig an die Bevölkerung nur noch 300 Tonnen abgeben.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170420-15/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Herrn stellv. kommandierenden Generals vom 7. April 1917 veröffentlicht in Nr. 88 des Kreisblattes vom 17. April 1917, die Schließung von nicht gewerblichen Schrotmühlen betreffend, wird hiermit für den Kreis Merseburg unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 8. Februar 1916 — J.-Nr. 899 K. W. — veröffentlicht in Nr. 36 des Kreisblattes folgendes angeordnet:

Alle nicht gewerblichen Schrotmühlen sind nicht durch Plomben sondern durch Siegel der Ortspolizeibehörde sofort zu schließen.

Die Ortspolizeibehörden haben bei Erteilung einer besonderen Erlaubnis gemäß § 2 Absatz 2 der Verordnung die Siegel von den Schrotmühlen für die Dauer der erteilten Erlaubnis entfernen und sofort nach dem jeweilig erlaubten Gebrauch wieder anbringen zu lassen.

Gegen die ungerechtfertigte Benutzung von nicht gewerblichen Schrotmühlen ist mit aller Entschiedenheit und Strenge vorzugehen.

Die Erteilung der Ausnahmeerlaubnis ist nur in besonders dringenden Fällen und unter genauer Beobachtung der gegebenen Bestimmungen zu gestatten.

Merseburg, den 17. April 1917.

Der Königliche Landrat.
Frhr. von Wilmowski.
J.-Nr. 2940 K. W.

Bekanntmachung.

Das Kriegsamt hat angeordnet, daß auf Anfordern militärische Hilfskommandos schon jetzt überall da zu stellen sind, wo es sich um die Bergung von angefrorenen und der Gefahr der Fäulnis ausgesetzten Kartoffelvorräte handelt.

Entsprechende Anträge sind mir einzureichen.

Merseburg, den 14. April 1917.

Der Königliche Landrat.
Frhr. v. Wilmowski.
J.-Nr. 2020 K. W.

Bekanntmachung.

Die „Amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene des Kreises Merseburg mit Ausschluß der Stadt Merseburg" befindet sich in Merseburg, Domstraße Nr 12. Leiter der Fürsorgestelle ist der Domstiftsprokurator Klingelstein, der werktäglich von 10—12 Uhr zu sprechen ist und der sich der Hinterbliebenen, die eines Beistandes bedürfen, annehmen und ihnen nach Möglichkeit mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Die Fürsorge umfaßt außer den Hinterbliebenen im engeren Sinne auch solche Verwandte und Angehörige, für die die Verstorbene gesorgt hat oder voraussichtlich gesorgt haben würde, der also durch den Tod des Kriegsteilnehmers wirtschaftlich benachteiligt sind.

Merseburg, den 21. Januar 1917.

Der Königliche Landrat.
Frhr. v. Wilmowski.
J.-Nr. 25 K. H.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung des Verbindungsganges vom Vorschloß nach dem Erweiterungsneubau der Königlichen Regierung, hier, wird die Straße Domplatz von der Königsbrücke bis zur Ecke des Neubaues der Königlichen Regierung Domplatz Nr. 2 für den Verkehr von heute ab bis auf Weiteres gesperrt.

Merseburg, den 17. April 1917.

I. Nr. 2751. Die Polizei-Verwaltung.

Betrifft Lebensmittelkarte Nr. 1957.

Die Lebensmittelkarte Nr. 1957, ausgefertigt auf den Haushalt des Buchhalters Moritz Burmann, Kleistsr. Nr. 5, bestehend aus 2 Köpfen wird hiermit für ungültig erklärt.

Wer die Karte im Besitz hat, wird aufgefordert, sie sofort an den Magistrat abzuliefern.

Alle Lebensmittelverkaufsstellen werden ersucht, die Karte anzuhalten, den Namen des Vorzeigers festzustellen und diesen dem Magistrat anzuzeigen.

Merseburg, den 19. April 1917.

II. Nr. 1457. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter dem Schweinebestande des Büroworstehers Bauer, Seffnerstraße Nr. 7 hier, ist der Ausbruch der Schweinepest amtstierärztlich festgestellt.

Merseburg, den 19. April 1917.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Unter den Pferden des Geschirrhalters Weber, Breitestraße Nr. 90 hier, ist der Ausbruch der Pferderäude amtstierärztlich festgestellt.

Merseburg, den 18. April 1917.

I. Nr. 2752. Die Polizei-Verwaltung.

Heute früh 10 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Ottilie Scholz

im 34. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Anna Scholz
nebst allen Angehörigen.

Merseburg, den 18. April 1917.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittag 3 Uhr, von der Kapelle des städt. Friedhofes aus statt.

Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die für den hiesigen Fleischversorgungsbezirk festgesetzten Höchstpreise der Fleisch- und Fleischwaren zur Kenntnis mit dem Bemerken, daß in Spalte A die Preise für Waren die auf die Reichsfleischkarte, in Spalte B für diejenigen die auf die Kreisfleischkarte entnommen werden, angegeben sind.

Fleischart	A. Preise auf die Reichsfleischkarte für 1 Pfund (500 Gramm) ℳ	B. Preise auf die Kreisfleischkarte für 1/2 Pfund (250 Gramm) ℳ
A. Rind:		
Fleisch ohne Knochen	2,50	—
Fleisch mit Knochen	2,20	0,40
B. Kalb:		
Keule und Rücken, Brust und Hals } jeder Art	1,80	0,20
C. Hammel:		
Keule und Rücken, Brust und Hals } jeder Art	2,40	0,50
D. Schwein:		
I. Frisches Fleisch und Fett.		
Lende und Schnitzel	2,40	—
Kotteletten, geschnitten	2,10	0,35
Kamm, Rücken, Bauch, Keule, Blatt	1,90	0,35
Gewiegtes Fleisch ohne Zusatz	2,20	—
Schmeer und fettes Fleisch	2,10	—
II. Verarbeitetes Fleisch.		
a) Pökelfleisch.		
Kamm, Rücken, Bauch, Keule, Blatt, Speck } auch geräuchert	2,00	0,30
Kopf	0,90	—
Eisbein (Dickbein)	1,20	—
Spitzbein	0,30	—
Pökelknochen	1,00	—
b) Geräuchertes Fleisch.		
Schinken (Hinter- und Vorderschinken) ungekocht im Ganzen	2,40	—
Schinken ungekocht (ausgeschnitten)	2,80	—
Schinken gekocht (ausgeschnitten)	3,00	—
Speck	2,80	—
c) Wurstwaren usw.		
Blut- und Leberwurst (frisch)	2,00	0,30
Blut- und Leberwurst (geräuchert)	2,20	0,40
Knack- und Mettwurst	2,60	0,60
Cervelat- und Salamiwurst	2,80	0,70
Bratwurst	2,20	0,40
Ausgeschmolzenes weißes Fett	2,50	0,55
Wurstfett	1,80	0,20
Schwartenwurst (frisch)	1,40	—
Schwartenwurst (geräuchert)	1,60	—
Preßkopf (frisch)	1,90	0,15
Preßkopf (geräuchert)	2,10	0,35

Eine Preistafel ist außerdem in jedem Verkaufsladen der zugelassenen Fleischereibetriebe ausgehängt.

Merseburg, den 16. April 1917.

M. J. 3428. Die Polizei-Verwaltung.

Am 1. Mai 1917 beginnt neuer Kursus in

Einf. u. dopp. Buchführung

für Damen und Herren || für Merseburger abends / für Auswärtige nachmittags.

Anmeldungen umgehend erbeten im „Alten Dessauer", Merseburg, Dammstraße 6.

Mehrere jüngere männliche und weibliche

Hilfskräfte

für leichtere, saubere Arbeit
sofort gesucht.

Stahlwerk Kunsch, Frankleben.

Holz-Verkauf

in der Königlichen Oberförsterei Schkeuditz.

Am Montag, den 30. ds. Mts., von vormittags 11 Uhr ab kommen im Gasthof zu Meuschau nachstehende Hölzer zum öffentlichen Verkauf.

Schutzbezirk Merseburg Jagen 72 und 75 und Totalität.

Rüstern: 5 Stämme mit 0,60 fm, 37 Stangen (—V, 0,09 Hdt. Bandstöcke I (Hammerstiele) 15,00 Hdt. Bandstöcke III. Kl. (Korbstiele) 8 rm Knüppel, 750 rm Reis IV. Kl.

Weiden: 3,00 Hdt. Bandstöcke I (Schippenstiele) 210 rm Reis IV.

Oberförsterei Schkeuditz.

Holz-Verkauf

in der Königlichen Oberförsterei Schkeuditz.

Am Freitag, den 4. Mai ds. Js., von vormittags 10 Uhr ab kommen im Saunemannschen Gasthof in Burgliebenau nachstehende Hölzer zum öffentlichen Verkauf:

Revierteil Burgliebenau Jagen 51/54.
Eichen: 4 Stämme mit 2,90 fm, 4 rm Scheit.
Eichen: 135 rm Reis III. u. IV. Kl.
Weichhölzer 220 rm Reis IV. Kl.
Revierteil Raßnitz Jagen 41.
Eichen: 215 rm Reis III./IV. Kl.
Weichhölzer: 105 rm Reis IV. Kl.

Königliche Oberförsterei Schkeuditz.

Bekanntmachung.

Die Verkaufsläden der Fleischer bleiben an den Verkaufstagen, Freitags, Sonnabends und Montags von 1—3 Uhr Mittags geschlossen.

Merseburg, den 14. April 1917.

I. Nr. 2709. Der Magistrat.

Von Freitag bis Dienstag keine Sprechstunden.

Dentist Schütt
vorm. Ad. Peetz.

Verschiedenes.

Zur Frühjahrs-Bestellung
empfehle
Sack'sche Pflüge, Kultivatoren usw.
Hugo Rosch, Nulandtstraße Nr. 8.

Gut möbliertes
Wohn- und Schlafzimmer
zu vermieten
Halleschestr. 105.

Eine braune Lederbrieftasche
verloren auf dem Wege von Neumarktstor bis zum Krummen Tor. Gegen Belohnung abzugeben
Neumarktstor 2, I.

Saat-Kartoffel-Verteilung für den Magistrat
findet fortsetzend in der Scheune wie folgt statt:
Freitag früh 7—12 Uhr Industrie,
Mittag: Restliche Sorten.
Fr. Freygang,
Tel. 424. Gr. Ritterstr 7.

Ein gebraucht. Piano
zu kaufen gesucht für Vereinszwecke. Anerbietungen an
Heinicke, Zöschen.

Ein Schäferhund
wird zu kaufen gesucht. Offerten an den
Wächter der Brikettfabrik Braunsdorf.

Freundliche Wohnung
70—100 Thlr., wird von ruhigen Leuten mit einem Kinde zum Juni oder Juli zu mieten gesucht Offert unter **A. 96** an die Exped. dieses Blattes erbeten

Stellenmarkt.

Buchhalterin Stenotypistin
perfekt und tüchtig, sofort gesucht von
Landwirtsch. Consum-Verein E. G. m. b. H.
Kreiskartoffelstelle des Kreises Merseburg.

Arbeiterinnen
sucht
Th. Groke, A.-G.

Eine ältere, unabh. Frau
wird
als Wirtschafterin
gesucht.
Mühle Oetzsch
bei Kötschau.

Junges Mädchen,
welches Frisieren lernen will, kann sich sofort melden bei
Frau Teichmüller, Poststr. 10.

Tüchtiges
Zimmermädchen
wird angenommen
Müllers Hotel.

1 Tischlerlehrling
sucht **W. Reinecke,** Unterstadtbg. 34.

Aufmerksame Bedienung. Mäßigste Preise.

Karl Tänzer
Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft für Braut- und Erstlings-Wäscheausstattungen
Fernspr. 259.
Solide Qualitäten. Große Auswahl

Verantwortliche Redaktion: Politik, Lokales und Vermischtes: L. Baltz, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170420-15/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 91 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Freitag, den 20. April 1917.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Freiherr von Bissing †.

Brüssel, den 18. April 1917. Der Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst Frhr. v. Bissing ist heute abend 8 ½ Uhr gestorben.

Der verdiente General und Staatsmann hat ein Alter von 73 Jahren erreicht. Vor einigen Monaten erkrankte er an einer schweren Lungenentzündung, von der er sich nur langsam erholte. Mit seltener Willensstärke suchte er die Folgen der Krankheit zu bekämpfen, um noch bis kurz vor seinem Tode den Pflichten seines verantwortungsreichen Amtes zu genügen. Die gestern zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen politischer Kreise dürften mit dieser Meldung gegenstandslos geworden sein.

Der letzte Streikrest in Berlin ausgeräumt.

Berlin, 18. April. Die Arbeit in Groß-Berlin ist heute auch von dem letzten Rest der fernbleibenden Arbeiter wieder aufgenommen worden.

Ausland

Zur politischen Krise in Oesterreich.

Wien, 18. April. In parlamentarischen Kreisen wird die innerpolitischen Lage ruhig beurteilt. Besonders bei den Deutschen Oesterreichs überwiegt die Anschauung, daß die Krise nicht weiter greifen werde. Den verschiedenen jetzt stattfindenden Beratungen der deutschen Parteien wird sich am Montag eine Vollversammlung der deutschen Arbeitsgemeinschaft anschließen. Auch im Polenklub finden Versammlungen statt, daher wird, wie verlautet, in nächster Zeit noch keine entscheidende Wendung erwartet.

Der militärische Wert Ostafrikas.

In der deutschen Presse ist von sach- und landeskundiger Seite schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die deutschen Kolonien, obwohl sie in keiner Weise für diesen Weltkrieg militärisch vorbereitet waren, trotzdem eine militärisch nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. Im feindlichen Lager hat man sich bisher ängstlich gehütet, eine derartige Bedeutung deutschen Kolonialbesitzes öffentlich anzuerkennen, mit der einzigen Ausnahme Belgiens vielleicht, welches sich mit den Erfolgen seiner Truppen in Deutsch-Ostafrika über den Verlust des eigenen Landes zu trösten suchte. Heute liegt uns nun zum ersten Mal eine Aeußerung einer großen englischen Zeitung, des „Daily Chronicle" vor, in welcher rückhaltlos, und zwar bezeichnenderweise unter Berufung auf die Autorität des General Smuts, auf die militärische Bedeutung sowohl Deutsch-Südwestafrikas als auch besonders Deutsch-Ostafrikas hingewiesen wird. „Daily Chronicle" warnt auf das Entschiedenste davor, Deutschland jemals Deutsch-Südwestafrika oder gar Ostafrika zurückzugeben. Ueber Ostafrika sagt „Daily Chronicle" wörtlich: „Schon im gegenwärtigen Kriege ist es für die Deutschen ein großer Aktivposten gewesen. Wie groß dieser war, wird das Publikum erst erfahren, wenn der Schleier von den ungeheuren Aufwendungen an Material, Soldaten, Munition und Schiffsraum gelüftet wird, die wir zum Schutz des englischen, belgischen und portugiesischen Afrikas vor der Bedrohung durch die deutsche furchtbare schwarze Armee machen mußten."

Berücksichtigt man, daß diese „furchtbare schwarze Armee" zu Beginn des Krieges aus ganzen 5000 eingeborenen Schutztruppen- und Polizeisoldaten unter im ganzen etwa 250 deutschen Offizieren und Unteroffizieren bestand, daß diese „Armee" ohne nennenswerte Verbindung mit dem Mutterlande erst zu dem Kampf gegen die angreifenden englischen, belgischen und portugiesischen weißen und farbigen Truppen umgestaltet und ausgestattet werden mußte, so kann man sich allerdings ein Bild davon machen, wie es mit der militärischen Bedeutung Deutsch-Ostafrikas aussehen würde, wenn wir nicht auf die Bestimmungen der Kongoakte und das Gemeinschaftsgefühl der weißen Rasse, insbesondere bei den Engländern, allzu vertrauensselig gebaut hätten.

„Daily Chronicle" weißt dann noch darauf hin, daß die deutsch-ostafrikanische Küste außerdem einen ausgezeichneten Stützpunkt für U-Boote abgeben könne, wodurch Deutschland die bisher unbestrittene Vorherrschaft Englands im Indischen Ozean und damit die Herrschaft über Indien in Frage stellen könnte. Wir können dem englischen Blatt, das so zum ersten Male die Bedeutung eines großen deutschen Kolonialbesitzes vom machtpolitischen und militärischen Standpunkt voll anerkennt, nur dankbar sein; gibt es trotz aller gemachten Erfahrungen doch noch Leute in Deutschland, die einem solchen deutschen Kolonialbesitz zwar gewisse wirtschaftliche Bedeutung zuerkennen, aber jede machtpolitische und militärische Bedeutung absprechen möchten.

Der Rückgang der diesjährigen Weltweizenernte

läßt sich nach den letzten, dem Internationalen Landwirtschafts-Institut in Rom zugegangenen amtlichen Nachrichten jetzt genauer übersehen, als es noch vor 2 Monaten der Fall war. Es ergibt sich daraus, daß der Rückgang im Weizenanbau durch das Sinken des Ernteertrages noch bedeutend übertroffen wird, und zwar besonders in den Ländern unserer Feinde, abgesehen von geringen Ausnahmen. Auf der südlichen Erdhälfte ist es lediglich Australien, das in seiner Anbaufläche den vorjährigen Stand gewahrt hat, während der für 1916-17 geschätzte vorläufige Ernteertrag mit 29 Mill. Dz. von der vorjährigen, 48,8 Mill. Dz. betragenden Ernte nur 79,9 v. H. darstellt. Zudem kommt Australien infolge der weiten Entfernung und des Schiffsraummangels für die Versorgung unserer Feinde nicht wesentlich in Frage. Am größten ist der Ernterückgang in Argentinien. Hier liegt eine ausgesprochene Mißernte vor. Die Anbaufläche beträgt zwar immer noch 98 v. H. der Weizenfläche von 1915-16, der Ernteertrag mit 21 Mill. Dz. aber nur 44,8 v. H. von dem Ernteergebnis des Vorjahres. Bemerkenswerte Zahlen werden auch von der nördlichen Erdhälfte gemeldet. In Frankreich ist die Weizenanbaufläche von 5 Mill. Hektar im Vorjahre auf 4,3 Mill. Hektar im Jahre 1916-17 oder auf 85 v. H. gesunken. In Großbritannien beträgt der Prozentsatz, ohne daß die englische Regierung nähere Angaben gemacht hat, 86. In den Vereinigten Staaten hat die Anbaufläche etwas zugenommen, und zwar beträgt sie 102,3 v. H. der vorjährigen Fläche, in Indien 108 v. H.

Ueber die für die jetzige Ernährung unserer Feinde zur Verfügung stehende vorjährige Weizenernte liegen neue Zahlen vor. Frankreich hatte 1916 eine Weizenernte von 58,1 Mill. Dz. gegen 69,6 Mill. Dz. im Jahre 1915 = 96,3 v. H.; von dem Durchschnitt der Jahre 1909-13 beträgt diese Ernte Frankreichs sogar nur 67,6 v. H. England und Wales ernteten 1916 15,1 Mill. Dz. gegen 18,4 Mill. Dz. im Jahre 1915 = 82 v. H., Schottland 76 v. H. und Irland 87,3 v. H. Italien weist mit 48 Mill. Dz. eine Steigerung auf 103,5 v. H. gegen 1915 auf, aber ein Sinken auf 96,3 v. H. vom Durchschnitt der Jahre 1909-13. Das europäische Rußland erntete im vorigen Jahre 152 Mill. Dz. gegen 204 Mill. Dz. im Jahre 1915 = 79,4 v. H. Am größten war der Rückgang der letzten Weizenernte in Nordamerika. Kanada brachte 59,9 Mill. Dz. gegen 116,1 Mill. Dz. im Jahre 1915 oder nur 51,6 v. H. ein, die Vereinigten Staaten 171,2 Mill. Dz. gegen 279,2 Mill. Dz. = 62,4 v. H. Auch Indien, das außerdem für die Ernährung Englands in Frage kommt, hat einen Rückgang aufzuweisen, und zwar von 102,5 auf 86,5 Mill. Dz., was einem Prozentsatz von 84,4 entspricht. Die gesamte von der Statistik des Internationalen Landwirtschaftsinstituts erfaßte Weizenernte in den feindlichen und neutralen Staaten der nördlichen Erdhälfte belief sich 1916 auf 701,3 Mill. Dz. gegen 929 Mill. Dz. oder 75,5 v. H. von der Ernte des Vorjahres.

Rechnet man zu dieser erheblichen Verminderung der Weizenernte in den hauptsächlichsten Ausuhrländern, den infolge der Kriegserklärung Amerikas und anderer Staaten gesteigerten Eigenbedarf dieser Länder, den immer fühlbarer werdenden Frachtraummangel und die wachsende Tätigkeit unserer U-Boote hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, daß England, Frankreich und Italien in diesem Jahre kaum die Hälfte der vorsichtigen Weizeneinfuhrmengen zu Gebote stehen. Ob aber auch in Wirklichkeit diese Hälfte erreicht wird, ist eine andere Frage.

Kreistagssitzung.

Wie wir schon unseren Lesern mitteilten, fand gestern im Kreishause eine Sitzung der Mitglieder des Kreistages statt.

Die ersten 3 Punkte der Tagesordnung, Wahlen der Vertrauensmänner für die bei den Amtsgerichten zusammentretenden Ausschüsse, von Schiedsmännern und Schiedsmannstellvertretern, Amtsvorstehern und Amtsvorsteherstellvertretern werden durch Wiederwahl der bisherigen Herren erledigt. Die Wahl eines Mitgliedes des Kreisausschusses an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Lenze-Lützen für den Rest der Wahlperiode bis 31. Dezember 1919 fällt auf Bürgermeister Schmidt-Schkeuditz. Punkt 5 der Tagesordnung ist die Einführung der Sammelberufsvormundschaft für den Bezirk des Amtsbezirkes Merseburg mit Ausnahme der Stadt Merseburg. Oberfekretär a. D. Wenkel will die Vormundschaft für ein einjährliches Entgelt von 300 Mk. übernehmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte entspinnt sich bei Punkt 6 der Tagesordnung „Vertragsabschluß mit der Ueberlandzentrale Leipziger Landkraftwerke". Hierbei führte der Vorsitzende, Landrat Freiherr v. Wilmowski, aus, daß es sich bis jetzt hätte nicht ermöglichen lassen, das Merseburger Kreisgebiet einheitlich an eine öffentliche rechtliche elektrische Ueberlandzentrale anzuschließen, um die Versorgung mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft jeder Zeit zu gewährleisten. Da nun eine Reihe von Gemeinden selbständig vorgegangen sind und rechtskräftige Verträge mit Ueberlandzentralen abgeschlossen hatten, mußte das Gebiet des Kreises unter die drei hauptsächlich in Betracht kommenden Ueberlandzentralen aufgeteilt werden: 1. den Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz, 2. die Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, eingetragene Genossenschaft m. b. H. und 3. die Landkraftwerke Leipzig. Aktiengesellschaft in Kulkwitz. Während die beiden ersten Ueberlandzentralen öffentlich rechtliche Körperschaften sind, sind die Leipziger Landkraftwerke ein rein privates Unternehmen. Um eine Sicherung der Interessen der Gemeinden unseres Kreises zu ermöglichen, ist es daher wünschenswert, einen Einfluß auf die Leitung der Leipziger Landkraftwerke zu gewinnen. Die Gelegenheit dazu ist jetzt gegeben, da diese Ueberlandzentrale der Kreisverwaltung eine Beteiligung angeboten hatten.

Nach diesem Vertrage verpflichten sich die Landkraftwerke, den Gemeinden und Gutsbezirken des Kreises soweit deren Eingesessenen soweit sie noch nicht in einem Vertragsverhältnis mit ihnen stehen oder anderweitig vertraglich verpflichtet sind, elektrischen Strom für Licht, Kraft und sonstige Zwecke zu liefern. Dafür wird den Landkraftwerken das ausschließliche Recht, sämtliche der Kreisverwaltung Merseburg gehörigen Straßen usw. zur Führung von elektrischen Leitungen unentgeltlich zu überlassen. Die Ueberlandzentrale ist weiter verpflichtet, noch nicht an ihr Leitungsnetz angeschlossene Gemeinden und Gutsbezirke auf deren Wunsch anzuschließen, wenn von den Gemeinden auf die Dauer von fünf Jahren einen Betriebsüberschuß von 10 Prozent der für den Anschluß erforderlichen Mittel gewährleistet wird. Als Entgelt für die Benutzung der dem Kreise gehörigen Straßen usw. verpflichten sich die Landkraftwerke eine jährliche Abgabe von 1½ Prozent der Bruttoeinnahme aus dem direkten Stromverbrauch an die Abnehmer dem Kreise zu leisten. Der Strompreis beträgt 45 Pfg. für die K.-W.-St. bei Licht und 20 Pfg. für die K.-W.-St. bei Kraft. Diese Preise dürften nur mit Genehmigung des Kreises überschritten werden. Eine Ermäßigung hat dann einzutreten, wenn in anderen unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen arbeitenden Elektrizitätswerken eine allgemeine Preisermäßigung stattfindet.

Die letzten Barrs.

Roman von Albert Graf von Schlippenbach.

47] (Nachdruck verboten.)

und da er seine Reden mit vielen ähnlichen, zwar törichten, aber nur allzu gern gehörten Wendungen würzte, war der Erfolg auf seiner Seite. Bei einer Zersplitterung der Stimmen, hielt er ihnen ferner vor, wäre eben nichts für die Opposition zu erreichen. Nur wenn sie sich einigten, könnte es gelingen, den Junker aus dem Sattel zu heben. Er selbst würde ja natürlich mit Freuden zugunsten eines andern Kandidaten zurücktreten, denn er hätte nur das eine, große Ziel im Auge, und jeder Ehrgeiz läge ihm fern, allein seine Partei sei augenblicklich doch nach der konservativen die stärkste im Kreise und verlangte mit größter Bestimmtheit seine Kandidatur. Lägen in fünf Jahren die Verhältnisse anders, würden die Freisinnigen oder die Sozialdemokraten an Zahl seiner eigenen Partei überlegen sein, dann legte er natürlich sein schweres Amt, zu dem man ihn ja leider förmlich dränge, nieder und würde seinen ganzen Einfluß aufbieten, damit der neue Kandidat auch vom Bunde die Stimmen erhielte. Er redete dann noch viel davon, daß „Einigkeit stark mache", man ein „Schutz- und Trutzbündnis bilden", sich „in die Hände arbeiten," dem Feinde einmütig die Stirn bieten", „den Handschuh im gerechten Streit hinwerfen", „sich gegen politische Vergewaltigung zur Wehr setzen", „Protest erheben", „dem Gegner die Suppe versalzen" müsse und brachte so der Reihe nach alle jene schönen Gemeinplätze an, die in jeder Wahlversammlung unzweifelhaft immer wieder den unglücklichen Wählern in die Ohren klingen. Und wirklich, er brachte es fertig, daß die Anhänger des Freisinns und der Sozialdemokratie sich verpflichteten, ihm ihre Stimmen zu geben. Auch die Konservativen blieben natürlich nicht untätig. Hörn und Witzenhagen mit Heuberg beriefen Versammlungen über Versammlungen in Stadt und Land. Des Justizrats überzeugender Beredsamkeit gelang es unschwer, die Getreuen zu festigen, Schwankende ins alte Lager zurückzuführen; er erfreute sich ja allgemeiner Beliebtheit, die Leute waren auch gewöhnt, in allen andern Dingen sich Rat bei ihm zu holen und ihn zu befolgen. Witzenhagen dagegen hatte nur wenig Erfolg. Ihm mangelte jede Eigenschaft eines Cicero. Blieb er früher einmal bei der Rede stecken, dann half ihm ja Heuberg immer rechtzeitig aus. Neuerdings ließ er ihn erst eine Weile stammeln und in Verlegenheit sich winden, oder er gab ihm gar ein falsches Stichwort, und der Majoratsherr auf Rienow erzählte dann seinen Wählern zum zweitenmal, was er eben erst gesagt hatte. Das war Heubergs Rache. Er glaubte ja, Fortunat oder Fabian wollten seinen Bernhard bei Agnes Barr ausstechen. Kam es aber gar zu einer Diskussion nach der mühsam abgequälten Rede, dann wußte Witzenhagen überhaupt nicht, was er sagen sollte. Darauf war er nicht vorbereitet. Was der Gegner auch vorbringen mochte, sei es Zoll, Viehsperre, die Kanalfrage oder das Börsengesetz, Witzenhagen stammelte als Antwort nur etwas von Königstreue und Vaterlandsliebe und schloß mit einem Hoch auf den Landesherrn. Das war er so von den Kriegervereinen her gewöhnt. Dann trat er mit schweißbeperlter Stirn von der Rednertribüne herunter und ließ die andern fragen und sich zanken. Er hatte das Seinige getan. Auf dem Lande ging es ja allenfalls, doch die erste Versammlung in der Stadt, in Wonneburg, würde kläglich verlaufen sein, wenn nicht Graf Walkerode im letzten Moment eingegriffen hätte. Da höchst spitze und spöttische Worte gegen Witzenhagen fielen, erklärte der bisherige Vertreter des Kreises wütend, er verzichtete gänzlich auf die Wahl, denn es stehe ihm nicht ein, sich ein zweites Mal den Insulten sozialdemokratischer Arbeiter auszusetzen. Walkerode mußte seinen ganzen Einfluß aufbieten, den Ergürnten zur Aufrechterhaltung seine Kandidatur zu bewegen. Der Landrat machte ihm klar, wenn er jetzt im letzten Moment abspringen würde, gewännen die andern Parteien Oberwasser. Er müßte also wenigstens diesmal noch bei der Stange bleiben. Nach vielem Hin- und Herreden erklärte Witzenhagen unter der Bedingung sich endlich bereit, das Mandat noch einmal anzunehmen, daß er nicht mehr sprechen müßte. Er wurde also wieder für stark erkältet und heiser erklärt, blieb in Rienow, und die Wahlreden hielten an seiner Stelle Hörn und ein Herr von Kronfeld, ein gewaltiger Schwadroneur, der niemals verlegen wurde, keinem die Antwort schuldig blieb und mangelnde Sachkenntnis durch Schlagfertigkeit und Witz glücklich ersetzte.

Oberrankin, Unterrankin und Schwarzhof bildeten zusammen einen Urwahlbezirk. Jede der drei Klassen hatte einen Wahlmann zu wählen. Zur ersten Klasse gehörten nur Heuberg, Barr, Kahl und ein Gutsbesitzer Freiling. Der dem Trunk ganz ergebene Mensch hatte sein Gut parzellenweise verpachtet und vertrank, ohne irgendeine Beschäftigung zu haben, sein Einkommen in den Krügen und Kneipen des Kreises.

In der zweiten Klasse stimmten die Großbauern Weitz, Schulz und Koch aus Unterrankin, Richter und Fröhlich aus Oberrankin und die Brüder Hans und Wilhelm Rutenbaum aus Schwarzhof.

Kurt Barr schied nach dem Gesetz für diesmal als Wähler aus, da er noch nicht sechs Monate einen Wohnsitz in der Heimat hatte. Da Freiling ganz im Schlepptau Kahls sich befand, so war letzterer völlig sicher, Wahlmann der ersten Klasse zu werden, wenn er seine Stimme sich selbst gab. Für die zweite Klasse hatte er den Bauern Weitz bestimmt. Da nur die Brüder Rutenbaum nicht dem Bund angehörten, sondern streng konservativ waren, bestand für Weitzens Wahl kein Zweifel. Nur die dritte Klasse war für Kahls Partei so gut wie verloren. Die Leute aus Oberrankin und Schwarzhof stimmen unbedingt, wie ihre Herren es wünschten.

Als Wahllokal diente immer die Schwarzhofer Amtsstube, da Schwarzhof, von Ober- und Unterrankin gleich weit entfernt, für die Wähler am bequemsten zu erreichen war. Wahlvorsteher war Herr von Heuberg.

Zwei Tage nach Kurts Eintreffen in der Heimat sollte die Wahl stattfinden. Als ihm Franz am ersten Morgen die Post überbrachte, fand er unter den Eingängen auch einen Brief des Oberrankiner Majoratsherrn. Woher der Nachbar seine Rückkehr wußte, war ihm freilich unklar. Er hatte den Tag seiner Ankunft ja selbst erst im letzten Moment bestimmen können. Irgendein Zufall mochte da wohl mitspielen.

Zunächst gab Heuberg in überschwenglichen Worten der Freude Ausdruck, den teuren, lieben Freund, nach dem sich alle, ganz besonders aber seine Familie schon sehnten, nun endlich wieder daheim zu wissen. Daran knüpfte er die Hoffnung, ihn am Wahltage persönlich begrüßen zu können.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170420-15/fragment/page=0005

Um nun einen Einfluß auf die Leipziger Landkraftwerke zu gewinnen, will sich der Kreis mit 1 Million Mark bei der Aktiengesellschaft beteiligen. Die Ueberlandzentrale gewährt dem Kreise eine Entschädigung von 5¾ Prozent des Nennbetrages jeder Aktie, solange die Dividende noch nicht 5¾ Prozent betragen. Bürgermeister Schmidt-Schkeuditz spricht gegen diese Vorlage und berichtet von ungünstigen Erfahrungen, die Schkeuditz mit den Leipziger Landkraftwerken gemacht haben. In einer längeren Rede führt er u. a. aus, daß Schkeuditz sehr günstig mit der Fabrik Buckau zu 4½ Pfg. pro Kilowatt abgeschlossen hat. Die Bedingungen der Leipziger Gesellschaft seien sehr ungünstig für den Kreis. Außerdem sie die Uebernahme der Gesellschaft durch die sächsische Regierung zu erwarten. In diesem Falle wäre es ausgeschlossen, daß der Kreis mit seinem Geld beteiligt bleiben und einen Einfluß auf die Geschäftsleitung ausüben könne. Landrat Freiherr von Wilmowski stellt dem gegenüber, daß die meisten Gemeinden bereits mit der Leipziger Kraftwerken abgeschlossen haben, der Kreis also mit einer anderen Gesellschaft gar nicht abschließen könne. Schließlich wird der Vertrag gegen 4 Stimmen angenommen.

Der Betrag von 2000 Mk. zu den Kosten der Bearbeitung des Projektes der Saalekanalisierung wird bewilligt. Stadtrat Thiele beantragt, daß der Kreis mit einem Anteile von 250 Mk. als Mitglied der Saale-Elster-Gesellschaft beitreten soll. Dieser Antrag wird angenommen.

Punkt 8 ist die Aufnahme einer Anleihe zu 2½ Millionen zur Auszahlung der Reichsfamilienunterstützungen. Bisher wurden zu diesem Zwecke 2,150,000 Mk. als Darlehn aufgenommen. Die Genehmigung des Bezirksausschusses zur Aufnahme einer Anleihe von 2,100,000 Mk. ist erteilt worden. An Familienunterstützungen werden monatlich rund 260 000 Mk. benötigt. Der Magistrat der Stadt Merseburg hat ferner beantragt, der Kommunalverband als Lieferungsverband möge die von der Stadt Merseburg bisher veranlagten Unterstützungsbeträge in Höhe von 775 395,24 Mk. erstatten; er hat sich bereit erklärt, dem Kreise eine Anleihe bei der städtischen Sparkasse in Höhe des genannten Betrages zu gewähren. Für die nächsten 5 Monate werden daher Beträge benötigt: a) für die Rückzahlung der vom Magistrat der Stadt Merseburg verauslagten Beträge von 775 395,24 Mk. und b) für die laufenden Unterstützungen der nächsten 6 Monate 1 560 000 Mk. Der Mark. Der Antrag wird angenommen.

Sodann folgt der Antrag auf Ankauf des Hausgrundstückes Kleine Mitterstr. 15. Da die Räumlichkeiten des Kreishauses in keiner Weise ausreichten und auch das Haus Kleine Mitterstr. 17 vollständig besetzt worden ist, war es notwendig, neue Räumlichkeiten zu beschaffen. Der Kreisausschuß schlägt daher vor, das Grundstück Kleine Mitterstr. 15 seinem Besitzer für 54 000 Mk. abzukaufen. Der Antrag wird angenommen.

Der Verwaltungsbericht des Kreises für das Jahr 1916 wird genehmigt. Ueber die Prüfung der Rechnungen der Kreiskommunalkasse und der Kreissparkasse für das Rechnungsjahr 1915 berichtet Rechnungsrat Eichardt. Der Etatsüberschreitungen werden genehmigt und die Entlastung erteilt. Ebenso wird die Verwendung der Zinsüberschüsse der Kreissparkasse, der Haushaltsplan des Kreises für das Rechnungsjahr 1917 wird bewilligt. Hierbei stellt Rechnungsrat Eichardt den Antrag für Unterstützung von Veteranen und Kriegsinvaliden an Stelle von 400 Mk. für das nächste Jahr 1000 Mk. einzustellen. Dem Antrage wird stattgegeben. Schließlich wird noch die Errichtung einer Assistentenstelle bei der Kreissparkasse bewilligt. Da keine weiteren Anträge vorliegen, schließt der Vorsitzende, Landrat Frhr. v. Wilmowski, die Sitzung gegen 2 Uhr.

Aus Provinz und Reich

Schneestürme und Hochwasser.

Kassel, 19. April. Reichlicher Schneefall ist bei 1 Grad Kälte im ganzen Fuldatale und Niederhessen eingetreten. Die Höhen zeigen eine Neuschneedecke von mehreren Zentimetern Höhe. Vom Meißner werden 11, aus dem Sauerlande bis 15 Zentimeter Neuschnee gemeldet.

Gotha, 19. April. Auf dem Thüringer Walde ist erneut starker Schneefall eingetreten. Auf dem Kamme des Gebirges liegt der Schnee noch ¾ Meter hoch und reicht weit bis in die Täler hinab.

Leipzig, 19. April. Die Mulde bei Zwickau führt infolge starker Niederschläge und Schneeschmelze im Gebirge Hochwasser. Sie ist um 1 Meter gestiegen und vielfach aus den Ufern getreten. In Reichenberg i. B. und im ganzen Riesengebirge gingen bei heftigen Weststürmen starke Regenfälle nieder. Die Gebirgsflüsse führen Hochwasser.

Dresden, 19. April. Infolge des Hochwassers sah sich die Sächsisch-Böhmische Dampfschifffahrts-Gesellschaft gezwungen, ihren Betrieb einzustellen.

Forst (Lausitz), 19. April. Die Neiße führt starkes Hochwasser. Mehrere Fabriken und auch die Stadtmühle mußten den Betrieb einstellen. Bei Kleinbadeneusel sind die Neißedämme an zwei Stellen durchbrochen. Die Fluren sind weithin überschwemmt.

Unglücksfälle.

Halle, 18. April. In der Hallorenstraße wurde ein Invalide beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Stadtbahnwagen überfahren. Er trug eine Wunde am Kopfe, Hautabschürfungen an den Händen und anscheinend auch innere Verletzungen davon, die seine Ueberführung nach der Klinik nötig machten, woselbst er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Auf dem Nannischen Platze setzte sich beim Loskuppeln ein Anhängewagen der Stadtbahn in Bewegung und rollte den abschüssigen Teil des Steinwegs hinab. Da die Handbremse versagte, stieß der Wagen mit einem ihm entgegenkommenden Motorwagen, dessen Führer noch rechtzeitig bremsen konnte, leicht zusammen. Beide Wagen wurden an den Plattformen gering beschädigt. — In der Trothaer Straße stürzte der nördliche Giebel eines dort befindlichen Hauses ein, nachdem bereits Bauhandwerker die drohende Gefahr zu beseitigen versucht hatten. Auch die Berufsfeuerwehr beseitigte sich zwei Stunden an der gefährdeten Stelle. Da die Wohnungen rechtzeitig geräumt wurden, kam niemand zu Schaden. — Zur Beseitigung eines Deckenbrandes wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück der Hordorfer Straße gerufen.

Ueberbauung der Loreley-Promenade.

Köln, 17. April. Kurhausbesitzer Weber, der bekanntlich an der Ueberbauung der Loreleypromenade infolge eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung gehindert worden und zur Feststellung seines Rechtes ein gerichtliches Verfahren einzuleiten sich gezwungen sah, hat nunmehr am Sonnabend eine für ihn günstige Gerichtsentscheidung erzielt, wonach er im vollen Umfange wieder aufbauen kann und die Ueberbauung der Loreleypromenade in der früheren Weise ihm als altes Recht weiter eingeräumt wird.

Tödlicher Unfall.

Mühlhausen, 17. April. Am Sonnabend verunglückte der Setzer Dietrich Ewald in der Lederfabrik von P. H. Mehlers Witwe und Söhne dadurch, daß er beim Oelen der Transmission wahrscheinlich ausrutschte und von der Schraube der Stellscheibe am linken Rockärmel erfaßt und mehrmals herumgeschleudert wurde. Er war 57 Jahre alt. Da sich niemand in dem Raume befand, wurde ein Arbeiter erst durch den Schrei des Verunglückten aufmerksam; er stellte sofort den Betrieb ab, was jedoch den tödlichen Ausgang des Unglücks nicht mehr verhindern konnte.

Rekrutierung der Amerikanischen Armee.

Kuchenbackverbot.

Weimar, 17. April. Durch eine Ministerialbekanntmachung wird in Bäckereien und Konditoreien die Herstellung von Kuchengebäck jeder Art einschließlich Keks verboten, auch wenn zur Herstellung lediglich ausländisches Mehl oder sogenannte Ersatzmehle verwendet werden sollen. Gestattet bleibt die Herstellung von Gebäckorten, zu denen keine Getreidemehle oder Ersatzmehle verwendet werden. Diese Vorschriften finden auch auf Gast-, Schankwirtschaften und ähnliche Betriebe Anwendung.

Kriegsnotgeld.

Weimar, 17. April. Der Gemeinderat wird in dieser Woche mit der Ausgabe des Notgeldes beginnen. Zirka 50 000 Mark 50-Pfennigscheine werden ausgegeben.

Oel aus Spargelbeeren.

Oebisfelde, 19. April. Ein Spargelplantagenbesitzer der Umgegend veranlaßte einen Oelmühlenbesitzer in Weferlingen, di Beeren des Spargelkrautes auf Oel zu vermahlen. Das Ergebnis war überraschend günstig: aus 18 Pfund Beeren wurde ½ Liter ganz vorzüglichen Oels gewonnen, das dem feinsten Olivenöl in nichts nachsteht. Auch der verbleibende Rest von Oerkuchen hat einen großen Futterwert.

Pocken.

Bernburg, 19. April. Bisher sind 19 Pockenerkrankungen festgestellt worden, von denen zwei tödlich verlaufen sind.

Lebensmittelkarten-Schwindlerin.

Leipzig, 17. April. Unter dem Vorgeben, die Lebensmittelkarten ändern zu müssen, hat sich eine unbekannte Frauensperson in einer Familie den Anschein einer Beamtin gegeben und die Lebensmittelkarten mit fortgenommen. Es wird gewarnt, Lebensmittelkarten ohne weiteres aus den Händen zu geben!!

Der Schulbeginn verschoben.

Salzwedel, 17. April. Der Regierungspräsident hat verfügt, daß der Unterricht an der Landwirtschaftsschule erst am 1. Mai seinen Anfang nehmen soll, um den vielen Schülern vom Lande es zu ermöglichen, bei der Frühjahrsbestellung Hilfe zu leisten.

Verpflegung der Sommergäste.

Eisenach, 16. April. Der thüringische Hotelierverband beschloß, eine Entschließung an alle thüringischen Ministerien zu richten, in der es heißt: „Der thüringische Hotelierverband richtet an die Staatsministerien die Bitte, bei der Beratung über die Mittel zur Versorgung der Kurgäste mit aller Entschiedenheit für eine Sonderzuweisung von Lebensmitteln einzutreten. Bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Wirtschaftsleben Thüringens hoffen wir, daß Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, unsere Betriebe, wenn auch in mäßigen Grenzen, aufrecht zu erhalten."

Neue Lebensmittelkarten.

Elsterwerda, 16. April. Neue Lebensmittelkarten, wie sie Herr v. Batocki nach dem Muster einiger Städte sehr warm empfohlen hat, sind hier eingeführt worden. Der Magistrat gibt hierzu bekannt: Durch Einführung der neuen Lebensmittelkarten kommen wir Wünschen der Gewerbetreibenden entgegen, indem jeder Haushalt bei demjenigen Kaufmann die Waren kaufen kann, bei welchem er will, indem jeder Kaufmann von uns so viel Waren zugewiesen erhält, daß er die bei ihm angemeldeten Kunden befriedigen kann. Dabei braucht die Kundschaft nicht immer bei demselben Kaufmann zu bleiben, sondern sie kann bei jeder nächsten Ausgabe ihren Bedarf bei einem anderen Geschäft anmelden. Wenn von uns in ortsüblicher Weise bekanntgemacht wird, daß eine Ware gegen einen bestimmt bezeichneten Abschnitt der neuen Karten verkauft werden soll, so muß jeder Haushalt innerhalb 24 Stunden seine Karten bei demjenigen Kaufmann vorzeigen, bei welchem er die Ware beziehen will. Dieser schneidet den Bezugsabschnitt ab, versieht diesen sowie den entsprechenden Quittungsabschnitt mit seinem Namen oder Stempel und gibt die Karten dem Kunden zurück, während der die Bezugsabschnitte, nach Hunderten gebündelt, an die Verteilungsstelle liefert. Sobald dann diese bekanntgemacht hat, daß die Verteilung der Waren an die Kleinhändler erfolgt ist kann jeder Haushalt zu beliebiger Zeit bei dem von ihm gewählten Geschäft die auf ihn entfallende Menge gegen Abtrennung des Quittungsabschnittes abholen. Die Quittungsabschnitte sind von den Geschäften, ebenfalls nach Hunderten gebündelt, an die Verteilungsstelle zur Kontrolle zurückzugeben. Sache des Publikums ist es nun, den Bedarf von zum Verkauf gelangenden Waren rechtzeitig in den Geschäften anzumelden, denn nur die angemeldeten Kunden können bei der Oberverteilung und dem Kleinverkauf berücksichtigt werden.

Gasexplosion.

Magdeburg, 17. April. Am Sonnabend abend war in einem hofwärts belegenen Zimmer des Ladengeschäftes Lüneburgerstraße 12 aus einem offen gelassenen Gashahn eine große Menge Gas ausgeströmt. Als die Ladenbesitzerin mit ihrer Tochter gegen 6½ Uhr den Laden betrat und Licht anzünden wollte, erfolgte eine so starke Explosion, daß die Fenster des Hinterzimmers und die große Scheibe des Schaufensters zertrümmert wurden und mehrere Kartons, Tapeten und andere Gegenstände in Brand gerieten. Die Frau und die Tochter erlitten Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Ein vor dem Schaufenster stehender junger Mann erlitt durch Glassplitter Verletzungen im Gesicht.

Hoher Elbwasserstand.

Dresden, 17. April. Die Elbeschiffahrt ist eingestellt wegen des bedrohlichen Wachsens des Wasserstandes. Morgen werden 3 Meter Hochwasser erwartet. Ursache Niederschläge und Schneeschmelze.

Ein historischer Tag.

Konstanz, 19. April. Die Feierlichkeiten aus Anlaß der 500. Wiederkehr des Tages der Belehnung des Burggrafen Friedrich, des Zollern, von Nürnberg mit der Mark Brandenburg durch Kaiser Sigismund nahmen mit einer Festversammlung im alten Konstanzer Konzilsgebäude ihren Anfang. Unter den erschienenen Gästen befand sich als Vertreter des Kaisers Generaladjutant Generaloberst v. Plessen. Oberbürgermeister Dietrich verlas ein Schreiben der Großherzogin Luise von Baden, in dem sie darauf hinweist, daß jener Akt, dr sich vor 500 Jahren am 18. April vollzog, für immer denkwürdig in der Geschichte des deutschen Vaterlandes bleibe; er sei und bleibe ein Markstein der ersten Verbindung zwischen Süd- und Norddeutschland. Generaloberst v. Plessen entbot der Stadt Kostanz den kaiserlichen Gruß für die festliche Veranstaltung zu Ehren des Hauses Hohenzollern und brachte ein Hurra auf das Großherzoglich Badische Haus, die Großherzogin Luise und die Stadt Konstanz aus.

Gerichtszeitung

Urteil im Raubmordprozeß Wagner.

Halle, 19. April. Das Schwurgericht verurteilte den Schneider Hermann Wagner wegen schweren Raubes mit Todesfall, begangen an der Drechslermeisterfrau Kirkleben, und wegen schweren Rückfallsdiebstahls sowie schwerer Urkundenfälschung zu lebenslänglichem Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zwei Jahren Zuchthaus.

Arbeitskräfte für die Frühjahrsbestellung.

Neben der Munitionsherstellung ist die Lebensmittelerzeugung die wichtigste Kriegsarbeit. Sie sorgt für Heer und Bevölkerung zugleich. Ohne ausreichende Ernährung wäre unsere bewaffnete Macht nicht schlagkräftig und unser Volk nicht widerstandsfähig. Es ist daher notwendig, daß alle verfügbaren Hände ebenso der Landwirtschaft und dem Gartenbau, wie der Rüstungsindustrie zugewiesen werden. Vielmehr gilt dies für die gegenwärtigen Wochen, wo mit der Frühjahrsbestellung die Saat für unsere nächste Ernte und damit der Grundstein für den weiteren Aufbau unserer Volksernährung gelegt werden muß! Werden jetzt der Landwirtschaft nicht genügend Kräfte zur Verfügung gestellt, um die Bestellungsarbeiten, die sich infolge des langen Winters verzögert haben und nun auf noch kürzere Zeit als sonst zusammengedrängt werden, glücklich zu Ende zu führen, so wird das Gefüge unserer Volksernährung von Grund auf gelockert und unabsehbar wären die Folgen. Es ist deshalb einfach unverständlich und zeugt geradezu von Verblendung, wenn jetzt von gewisser Seite gegen die Anordnungen der stellv. Generalkommandos und der Kriegswirtschaftsämter zur Behebung der Leutenot auf dem Lande in beinahe verhetzender Weise Stimmung gemacht wird. Dies ist der Fall, wenn über die dahingehenden Erlasse unter den Ueberschriften „Zwangsweise Heranziehung zur ländlichen Arbeit" und „Aufhebung der Freizügigkeit" in gewissen Zeitungen berichtet wird. Sowohl in Preußen wie in Bayern und den übrigen Bundesstaaten sind von den militärischen und Zivilbehörden im Anschluß an das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst Bestimmungen getroffen worden, die auf der einen Seite den weiteren Abzug von Arbeitskräften vom Lande unterbinden und auf der andern Seite die Heranziehung aller verfügbaren Arbeitskräfte, auch weiblicher, für die Landwirtschaft fördern sollen. Daß ausreichende Arbeitskräfte, selbst wenn sie wie jetzt zumeist nur Hilfskräfte mit beschränkten Leistungen sind, eine unbedingte Notwendigkeit zur Fortführung der landwirtschaftlichen Erzeugung darstellen, scheint man selbst in dieser ernsten Zeit, wo es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht, noch immer nicht eingesehen zu haben. Wenn nur die Parteidoktrin hochgehalten wird!

Zu demselben Kapitel gehören die ängstlichen Mahnungen, die von einem Teil der städtischen Eltern laut werden. Anstatt das Entgegenkommen der ländlichen Kreise in der Kinder-auf-Land-Bewegung anzuerkennen, wird zum Teil, erfreulicherweise aber doch nicht überall, den Kindern ein gewisser Widerstand gegen die Landarbeit eingeflößt und in der Oeffentlichkeit die Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Kinder mit ihrer Arbeitskraft auf dem Lande „ausgenutzt" werden könnten. Es drückt sich darin ein unbegründetes Mißtrauen gegen die ländlichen Kostgeber der kleinen Stadtkinder aus, die sich sicherlich bemühen werden, ihre Pfleglinge, so gut sie es irgend können, gesundheitlich und körperlich wieder hoch zu bringen. Zur Kräftigung der Kinder tragen auch kleine leichte Arbeiten das ihrige bei, und ein hiesiges Bekanntschaft mit Landarbeit kann den Kindern der Großstadt später für ihr eigenes Leben nur von Nutzen sein, während der gegenwärtige Nutzen dieser Kinderarbeit für die Landwirtschaft doch nur sehr gering veranschlagt werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170420-15/fragment/page=0006